

## Womit beschäftigt sich der Berner Stadtrat? Ist dabei das langfristige Wohl unserer Stadt noch ein Thema?



Eine Spiel- und Übungswiese mit kurzfristig wechselnden Mann- und Frauschaften: Von den 80 Mitgliedern des Stadtrates treten fast die Hälfte innerhalb einer Legislatur vom Amt zurück ... meist aus persönlichen Gründen.

Je länger je mehr festigt sich der Eindruck, dass sich die gewählten ParlamentarierInnen eher Gruppen-, Partikular- oder gar persönlichen Interessen verpflichtet fühlen als dass sie sich für das Wohl der Gesamtheit einsetzen. Darf das sein?

### **Gut zu wissen: Wie ist unsere Demokratie an der Basis organisiert?**

Der Gemeinde als der kleinsten Zelle unserer Demokratie kommt grosse Bedeutung zu. In den kleinen Gemeinden entscheidet der Souverän in der Gemeindeversammlung über die Geschäfte, die nicht ausdrücklich der Exekutive, dem Gemeinderat, zugeteilt sind. An diesen meist 4 Mal jährlich stattfindenden Gemeindeversammlungen nehmen in der Regel 2 bis 4% (!) der Stimmberechtigten teil. Im Normalfall winken die anwesenden Bürger die Geschäfte durch. Im Spezialfall, wenn Gruppeninteressen betroffen sind oder ein Geschäft umstritten ist, mobilisiert die interessierte Gruppe ihre Anhänger – und erreicht ange-

sichts der tiefen Teilnahme ihr Ziel meist spielend. Grössere Gemeinden schaffen sich ein Gemeindeparlament. Es liegt auf der Hand, dass diese Einrichtung der Gemeinde erhebliche Kosten verursacht: die Informationsarbeit nimmt vollkommen neue Ausmasse an; die Gemeinderäte werden durch Kommissionsarbeit und Ratssitzungen erheblich beschäftigt... Andererseits darf festgestellt werden, dass die durch das Volk gewählten Parlamentarier berechenbarere Entscheidungsträger sind.

### **Was ist denn die Aufgabe des Gemeindeparlaments?**

Allgemein spricht man vom Parlament als, 'Legislative' des Gemeinwesens. In der Praxis befasst sich das Parlament aber neben den rein gesetzgeberischen Aufgaben durchaus auch mit konkreten Entscheidungen des Gemeinlebens; so z. B. bei Finanzlimiten des Gemeinderates, bei Ausnahmegewilligungen usw. Eine absolut klare Trennlinie zwischen Exeku-

tiv- und Legislativkompetenz gibt es demnach nicht. Anhaltspunkte liefert die Unterteilung in strategische und taktische Funktionen. Hier ist das Parlament eindeutig für die höheren Ebenen zuständig, in die konkreten, taktischen Angelegenheiten hat sich das Parlament selten einzumischen. Wäre es damit nicht eine zentrale Aufgabe des Stadtrates, langfristige Perspektiven einzubringen und Prozesse, Entwicklungen zu fördern, die allen Bernern wichtig sind ... ??

#### Studie „Stadtratsflucht“ von 1995

Rücktrittsraten von über 50% innerhalb der 4-jährigen Legislatur führte 1995 zu dieser Studie. Sie analysiert die übermässige Personalfuktuation über längere Zeit. Dabei sind bei bürgerlichen Parlamentariern die beruflichen und bei linken – vorwiegend bei Frauen – überwiegend menschlich-persönliche Gründe (wie mangelnde Geborgenheit in der Partei) Ausschlag gebend ...

Die Fazite weisen auch auf Klärungsbedarf bezüglich der Aufgaben der Parlamentarier hin. Früher galten „Dienst am Gemeinwesen“ und „seriöse Mandatserfüllung“ auch neben der Berufsbelastung als zentrale Werte. Diese Zielsetzungen wurden in der Studie zu Gunsten von politischen und persönlichen Ambitionen abgeschwächt.

Die Studie ortet verschiedene Massnahmenfelder:

- Fachliche Unterstützung der Stadträte durch die Parteien; Vermeiden von ‚Listenfüllern‘.
- Parlamentsdienste verstärken und Weiterbildung für Stadträte.
- Reduktion der Anzahl Stadträte.
- Massnahmen zur Kompetenzstärkung des Stadtrates gegenüber dem Gemeinderat.

#### Der Leistungsausweis des Berner Stadtrats

Seit 1992 bestimmt im Parlament eine linke Mehrheit die Geschicke der Stadt Bern. Sie hat ihr Pendant im ebenfalls links dominierten Gemeinderat. Diese Mehrheit nennt sich Rot-Grün-Mitte RGM, wobei die EVP und die GFL die Mitte darstellen sollen. Die Begriffe unterstellen, dass die Parteien FDP, CVP und natürlich SVP Rechtsparteien seien.

Die nun 16-jährige Herrschaft der Linken hat ihre eindeutigen Spuren hinterlassen. Diese Mehrheit hat vor allem ihre Klientel bedient und kümmert sich wenig um die längerfristigen oder gesamtheitlichen Perspektiven. Das hat sich in Finanz-, Wohn-, Fürsorge-, Ordnungs- und anderen Politikbereichen ausgeprägt; die Entwicklung der Stadt als Wirtschaftsstandort und als Zentrum des Kantons wurde nachhaltig behindert.

Stossend ist vor allem das Fehlen einer demokratischen Kompromisskultur. Die Mehrheitsentscheide werden unbesehen der Argumentationslage und der langfristigen Auswirkungen durchgesetzt. Oft zum Nachteil der Sache.

Die aktuelle Auseinandersetzung um die „Bettelei“ im Bahnhofsbereich ist typisch: Hier soll eine von Linken als wichtig erkannte ge-

sellschaftliche Funktion den übrigen Stadtbewohnern und Passanten zugemutet werden ...

#### Der 6. Oktober 2007 ist beispielhaft

Die Ereignisse dieses Tages mit Krawall und gefährlicher Gewalt haben den Fokus auf die Politik von Gemeinde- und Stadtrat gelenkt. Es wird schlagartig klar, dass sich diese Ereignisse zT aus der RGM-Politik erklären lassen. So stellt sich die Frage, wie weit die RGM für diese Entwicklung direkt verantwortlich gemacht werden muss; welche Entscheide und Handlungen von Parlament und Regierung dazu geführt haben. Tatsache ist:

- dass am 6. Oktober 07 ein städtisches Demo-Reglement angewandt wurde, das im Prinzip ein Eingreifen der Polizei unmöglich macht: Verhaftungen oder Festhalten sind eigentlich erst bei Verstössen gegen „Leib und Leben“ möglich und



Zur Beschäftigung von Berner Stadträten gehört offenbar auch die Ertüchtigung im und die Praxis des Strassenkampfes – die Rechtsgrundlage dazu wurde im Ratssaal geschaffen

- dass 2 Stadträte initialisierend, planend, organisierend und an der Front aktiv waren.

*Die rhetorische Frage im Titel der Studie ist damit beantwortet:*

*Der Stadtrat hat gerade im Bereich von „Ruhe und Ordnung“ versagt. Er hat falsche, rechtliche Strukturen geschaffen und unglückliche Signale ausgesandt. Die ideenschwache SP folgte immer den ideologischen Gags der äusseren Linken, die sich die Anliegen von Randständigen und auch gewaltbereiten Randgruppen zu eigen macht. Den „Mitte-Parteien“ EVP und GFL fehlt eine eigene Optik in Ordnungsfragen*

Vor diesem Hintergrund sind die taktischen Fehlentscheide der Einsatzleitung, die dann zum Debakel führten, eigentlich verständlich: Eine Truppe, die sich nicht durchsetzen darf, muss versagen.

PS: Dass die Kantonspolizei sich bei ihren jüngeren Einsätzen auf höhere Gesetze stützt und das städtische Demo-Reglement beiseite lässt, ist ein erfreuliches Novum.

## Recherche: Untersuchung von 80 Stadtrats-Vorstössen des Jahres 2007

Wir haben uns in dieser Recherche zur Aufgabe gemacht, zu untersuchen, mit was sich der bernische Stadtrat selber beschäftigt. Zu diesem Zweck haben wir die zu dieser Zeit (31.12.07) hängigen parlamentarischen Vorstösse untersucht.

### Übersicht: Charakteristiken der eingereichten Vorstösse

#### - Wer hat wie viele Vorstösse eingereicht:

Trotz der eigenen Mehrheit in Gemeinde- und Stadtrat ist die RGM sehr fleissig im Verfassen von Vorstössen.

Die bürgerliche Opposition liegt deutlich unter dem pro Kopf-Durchschnitt der Linken. In Zahlen: Die RGM reichte 37 Vorstösse (=60%), die Bürgerlichen 24 (=40%) ein. Die Unterschiede bei der Pro-Kopf-Produktion sind interessant:

|          |                              |             |
|----------|------------------------------|-------------|
| SP/JUSO  | 15 Vorstösse / 24 Mitglieder | 0.63 / Kopf |
| FDP/JFDP | 6 / 15                       | 0.4         |
| GFL/EVP  | 8 / 12                       | 0.66        |
| GB/JA!   | 14 Vorstösse / 10 Mitglieder | 1.4         |
| SVP/JSVP | 13 Vorstösse / 10 Mitglieder | 1.3         |

Auffällig ist die Profilierungsarbeit der kleinsten Fraktionen, die pro Kopf den doppelten Ausstoss liefern!

#### - Inhalte:

Die Linke folgt übergreifenden sozial- und gesellschaftspolitischen und sozialistischen Vorstellungen. Die Inhalte sind oft ortsunabhängig, könnten also in Bern oder gerade so gut in Basel postuliert werden.

Die bürgerliche Opposition befasst sich eher mit konkreten städtischen Anliegen in ordnungs- und wirtschaftspolitischen Bereichen.



Hier wurde von Industrie zu Dienstleistung aufgezogen. Auch ohne SP-Vorstoss (Beispiel Nr 8) wurde dabei 2.6 Mio. Mehrwert abgeschöpft.

#### - Stufenzugehörigkeit der Vorstösse:

Die Untersuchung der parlamentarischen Vorstösse nach ihrer Stufenzugehörigkeit nach

der Einteilung ‚Strategie/Gestaltung‘ und ‚Detail‘ zeigt mit

|                      |    |
|----------------------|----|
| Strategie/Gestaltung | 23 |
| Detail               | 57 |

ein starkes Übergewicht der Vorstösse mit Detailliebe.

Die Detail-Vorstösse haben für die VerfasserInnen wohl den Vorteil, dass sie leichter zu erarbeiten sind. Sie kollidieren aber zu häufig mit den bereits getätigten Vorarbeit der Verwaltung, die meist einen Vorsprung in Sachgeschäften aufweist. Das Gegenteil wäre ja bedenklich.

### **Vorstösse, die man sich hätte ersparen können ...**

Die nähere Sichtung der 80 Vorstösse bringt auch an den Tag, dass davon

- rund 15% Top-Qualität,
- etwa 60% von gut bis genügend
- und ca. 25% ungenügend sind.

Anders ausgedrückt: Rund 20 Vorstösse sind Zeitverschwendung. Würden diese wegfallen, könnten sicher 10 Stadtratssitzungen und viel zudienende Verwaltungsarbeit eingespart werden.

Die ungenügende Qualität der Vorstösse liegt in verschiedenen Gründen: zB mangelnde Kenntnisse und Information, der Gemeinderat ist falscher Adressat, falsche oder irreführende Deklaration des Vorstosses, Vorstösse nur aus Spass am Job usw.

Dazu 10 Beispiele der ungenügenden Sorte:

#### **1) Geschlechtsneutrale Verkehrsschilder und Piktogramme**

Postulat Fraktion GB/JA!, Natalie Imboden, Christine Michel, GB

Ein Königreich für ein geschlechtsloses Piktogramm ... Aber toll, dass wieder mal über Gleichstellung diskutiert werden kann!

#### **2) Genügend Sitzgelegenheiten im neuen Bahnhof sind ein Muss!**

Motion GB/JA! Catherine Weber/Franziska Schnyder GG, Daniele Jenni GPB, Carolina Aragon PdA

Vorgeschützt wird die Bereitstellung von Sitzgelegenheiten für müde SBB-Reisende. Nutzen würden diese dann wohl eher die bisherige Klientel der äussersten Linken, die aufdringlichen Randständigen. Ein klarer Fall von Etikettenschwindel.

#### **3) Sofortmassnahmen gegen den Kollaps des Taxigewerbes während dem HB-Umbau**

Dringliche Motion Mario Imhof FDP, Reto Nause CVP

Zwei bürgerliche Stadträte retten im Alleingang das Taxigewerbe mittels 9 sehr detaillierten Massnahmen. Die von der Verwaltung ohnehin bereits vorbereiteten Regelungen taten es dann auch; das ist eben das Risiko von konkreten Detailgeschäften. Aber: gut, sieht die

Verwaltung, dass auch die Politik sich mit Sachfragen beschäftigt.

#### 4) Ein Dällebach Kari – Brunnen in der Neuengasse

Postulat Fraktion SVP/JSVP, Peter Bühler, SVP

Was haben die Linken denn gegen diese schöne Idee – die gönnen einem auch gar nichts ... Um die Finanzierung müsste sich die Stadt nicht kümmern; der Sponsor ist da!

#### 5) Lohnungleichheit in Stadtverwaltung und Privatwirtschaft

Interpellation Fraktion SP/JUSO, Ursula Marti, Patrizia Mordini SP

Via Vergleich der Löhne und der Frauenanteile in der Stadtverwaltung sollen schlussendlich private Unternehmen bei Submissionen getestet werden, ob sie sich in diesen Belangen wohl verhalten. Ordnungspolitik aus dem Hinterhalt. Diskussionsinteressierten Stadträten ist ein einführendes Kürsli (OR und Arbeitsrecht spez) in die Materie empfohlen.

#### 6) Genügend Angebote für suchtkranke Menschen

Interpellation SP/JUSO, Claudia Kuster, Miriam Schwarz

Die Interpellantinnen schlagen mit Eingabedatum 29.11.07 eine Inhaltsstruktur und Problemlistung zum kommenden Jahresbericht der Suchtbetreuung vor. Die ebenfalls SP-Gemeinderätin Edith Olibet wird bestimmt sehr überrascht über den spontanen Vorstoss sein ... oder nicht?

#### 7) Klima schonen, Energie sparen, Motor vor Rotlicht abstellen!

Postulat Edith Leibundgut, CVP

Wir umweltbewussten Autofahrer erinnern uns an diese vom TCS gesponserten Schilder. Sie wurden aber vor mehreren Jahren abmontiert. Gründe: Wirkungslosigkeit, marginaler Abgasausstoss, falsche Positionierung direkt vor der Ampel, Signalisierungsinflation usw. ... Aber man kann immer wieder darüber reden – vielleicht auch mal über eine Energie sparende grüne Welle

#### 8) Systematische Abschöpfung von Planungsmehrwerten – ein Beitrag zur langfristigen Haushaltssanierung

Motion Fraktion SP/JUSO, Andreas Flückiger / Margrith Beyeler SP

Nachdem die städtische Behörde seit Jahrzehnten die MWA zum Ärger der Wirtschaft und Bauinvestoren praktiziert und der Haushalt immer noch sanierungsbedürftig bleibt, haben zwei SP-Strategen, hier den Stein der finanzpolitischen Weisheit wiederentdeckt.

Ein interessanter Fall von fehlender Information.

Innovationsträchtig ist lediglich die (bisher vermiedene) offene Instrumentalisierung der MWA als fiskalische Massnahme!

#### 9) Genügend Personal für die Sozialdienste

Postulat Fraktion GB/JA!, Hasim Sancar

Manchmal beleuchten Vorstösse die Realität ungewollt von einer andern Seite her. Nachdem Frau Olibet auf die kundige Kritik der scheidenden Sozialdienstleiterin abwiegelnd reagierte, kommt dieser Vorstoss eines Mitarbeiters etwas quer. Aber schliesslich geht es hier ja nur um eine innerbetriebliche Führungsproblematik ... oder nicht?

#### 10) Schliessung der Reitschule ist notwendig

→ Motion Fraktion SVP / JSVP, Erich J. Hess JSVP

Schon der Titel mutet so selten kompromissbereit an. Im Inhalt ist dann von ‚temporärer‘ Schliessung und von ‚aufzeigen‘ alternativer Lösungen die Rede ... Ist hier Hess von Realos gebremst worden?

Die Liste liesse sich weiter ergänzen. Rund 40 von 160 Vorstössen weisen derartige Charakteristika auf. Ein lohnendes Feld für die Effizienzsteigerung des Stadtrates.

#### Die Bilanz der Entente Bernoise:

- Viele Parlamentarier verfolgen nicht die Interessen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, sondern nur jene der eigenen Parteien und ihrer Klientel.
- Mangels eigener Entwicklungsvorstellungen der SP haben Ideen und Einflüsse der äussersten Linken grosse Wirkung auf die SP-Politik.
- Die Rolle der sog. Mitte-Parteien im RGM-Konzert ist nicht wahrnehmbar.
- Die Vorstösse der Parlamentarier dienen zu oft nur der Imagepflege und Presse-Erfolg
- Parlamentarier informieren sich oft zu wenig intensiv über Sach- und Form-Anforderungen.

#### Die Entente Bernoise fordert deshalb:

- Die Vorstösse aus dem Stadtrat sind auf Zuständigkeit und ihren Inhalt zu prüfen.
- 'Einschwörung' des Stadtrates auf seine Aufgabe zum „Wohl der Stadt Bern“.
- Reduktion des Stadtrates auf 40-60 Mitglieder zur Konzentration der Arbeit.
- Einführung einer 5% Wahl-Limite zur Vermeidung von Splitterparteien.
- Erhöhung der finanziellen Entschädigung für Stadträte.
- Durchführung regelmässiger Seminare für effiziente Ratsarbeit durch eine externe Stelle.

02/2008